

5970

# SSO

SEHEN WIR ES 3/79

Mitteilungen aus der SP-Wädenswil  
Herausgegeben von Vorstand und Redaktions-  
Kommission  
Kontaktadresse: SP-Postfach, Wädenswil

INHALT	SEITE
Alimentenbevorschussung	1 + 2
De Wädi meint	2
Zum Redaktionswechsel	3
Zum Muttertag	4
Interview	5
Finanzvorlage vom 20. Mai 1979	6
Nach einem Jahr Stadtrat	7
Abstimmungsparolen der SP zum 20. Mai	7
Veranstaltungen	8
Wettbewerb	8

## ALIMENTENBEVORSCHUSSUNG ein Gebot der Menschlichkeit

VON CURT SIGNER

Ich freue mich natürlich, dass aufgrund meiner im September 1976 im Gemeinderat eingereichten Motion die Alimentenbevorschussung demnächst in Wädenswil eingeführt werden kann. Immerhin, drei Jahre sollte es dauern, bis mein damaliger Vorstoss soweit gediehen war.

Die Schwierigkeiten bei der Einforderung von Unterhaltsbeiträgen an Scheidungskinder und aussereheliche Kinder sind ein trauriges Kapitel unserer Gesellschaft und bereiten geschiedenen Elternteilen und ledigen Müttern, aber auch den zuständigen Jugend- und Sozialämtern viel Leid und echte Sorge. Auch in Wädenswil ist das Inkasso von Alimenten, welches zur Zeit vom Sozialdienst noch auf freiwilliger Basis durchgeführt wird, in letzter Zeit schwieriger geworden, und die Zahl der Betreibungen hat stark zugenommen. Es ist daher höchste Zeit, dass den betroffenen Kindern ein Rechtsanspruch auf Alimente eingeräumt wird.

In der vorberatenden RPK war man auf bürgerlicher Seite der Auffassung, es sei die gesetzliche Regelung des Kantons im neuen "Jugend- und Familienhilfegesetz" abzuwarten, welches aufgrund des neuen Kindesrechts demnächst zu erwarten sei.

Es ist richtig, dass im Entwurf zu diesem Gesetz die Alimentenbevorschussung durch die Gemeinden vorgehen ist. Es kommt aber erst im Lauf des Sommers vor den Kantonsrat, zusammen mit dem ebenfalls neuen "Gesetz über die öffentliche Einzelhilfe". Die Vorberatung von zwei wichtigen Gesetzen

wird reichlich Zeit in Anspruch nehmen. Auch wenn die beiden Gesetze im besten Fall im Frühjahr 1980 dem Volks zur Abstimmung vorgelegt werden könnten, ist ihre Annahme keineswegs sicher.



Um so erfreulicher ist es, dass die Mehrheit des Gemeinderates der städtischen Verordnung zustimmte, sicher in der Meinung, es sei von sozialer Bedeutung, mit der Alimentenbevorschussung schon jetzt zu beginnen. Uebrigens werden wir uns im Bezirk mit den Gemeinden Horgen und Adliswil in guter Gesellschaft befinden, wo die Bevorschussung von Alimenten bereits eingeführt ist.

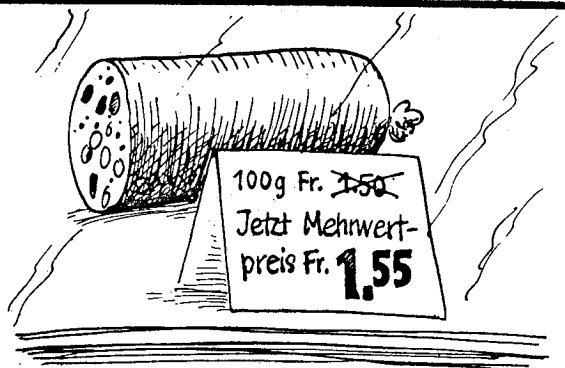
Noch aber ist in Wädenswil die letzte Hürde nicht genommen. Der Gemeinderat hat die Verordnung zwar verabschiedet, am 20. Mai muss aber noch an der Urne über die entsprechende Grundlage in der Gemeindeordnung abgestimmt werden. Im Artikel 80.3 unter den Aufgaben der

Sozialbehörde soll neu die "Einforderung und Bevorschussung von Unterhaltsbeiträgen für unmündige Kinder" eingeführt werden.

Der Zusatz "... für unmündige Kinder" wurde als Minderheitsantrag vom Rat gutgeheissen, weil vor allem die bürgerlichen Gemeinderäte ausdrücklich klarstellen wollten, dass nicht etwa die Meinung sei, die Gemeinde solle auch Unterhaltsbeiträge an geschiedene Elternteile ausrichten. Nun, dieser Zusatz stört mich nicht besonders. Ein Verzicht hätte zwar die Möglichkeit offengelassen, in einem späteren Zeitpunkt in eigener Kompetenz des Gemeinderates eine Erweiterung der Alimentenbevorschussung für Ehepartner einzuführen. Aber bis dorthin wäre es so oder so noch ein weiter Weg gewesen, sodass der erwähnte Zusatz lediglich so etwas wie ein zusätzliches Schloss an einer vorderhand ohnehin verriegelten Tür ist.

Froh bin ich, dass der Gemeinderat einem weiteren bürgerlichen Minderheitsantrag nicht gefolgt ist, der eine einjährige Karenzfrist in die Verordnung aufnehmen wollte für Vorschüsse an Kinder, die vorher ihren zivilrechtlichen Wohnsitz ausserhalb des Kantons Zürich hatten. Damit wäre eine unverantwortbare Härte eingebaut worden. Die Erfahrungen in der Stadt Zürich zeigen übrigens, dass die Bevorschussung von Alimenten keinen nennenswerten Anreiz für die Wahl des Wohnsitzes darstellt.

Ich zähle daher auf einen breiten sozialen Goodwill unserer Stimmbürger und erhoffe am 20. Mai eine deutliche Annahme der Abstimmungsvorlage.



**NICHT VERPASSEN!!**

Am Donnerstag, 10. Mai  
findet eine kontradik-

torische Veranstaltung zum Thema  
"Finanzpaket" statt. Die SP ist durch  
Hansjörg Braunschweig vertreten!  
Ort und Zeit siehe im Anzeiger.



## De Wädi meint



Wieder einmal setzten sich etliche SVP und FdP Gemeinderäte fürs Sparen ein. Diese Volksvertreter wollten nämlich auf die Vorlage "Alimentenbevorschussung" erst gar nicht eintreten. "Lieber auf den Kanton warten, das spart uns Umtriebe und Geld", war ihre Devise.

Der Fraktionssprecher der SVP vertrat die Ansicht, dass niemand Not leiden müsse, denn das Sozialamt besorge ja schon heute das Inkasso in 43 Fällen und helfe in Notfällen mit Fürsorgeleistungen aus. Gleichzeitig prophezeite er, bei Einführung der Alimentenbevorschussung müsse mit einer Verdoppelung der Fälle gerechnet werden.

Der gute Mann merkte den Widerspruch nicht. Wenn er mit einer Verdoppelung der Fälle rechnet, heisst das, dass heute die Hälfte aller anspruchsberechtigten Mütter ohne die dringend nötige Hilfe auskommen muss!

Viele gehen nicht gerne um ein Almosen bitten; das ist irgendwie verständlich. Solange kein Rechtsanspruch auf eine finanzielle Hilfe besteht, meinen eben viele, dass ein Gang ins Sozialamt einer Bettelei gleichkomme und verzichten auf das ihnen zustehende Geld.

Diese Tatsache zeigt, dass die Vorlage zur Alimentenbevorschussung nötig ist. Nur so können alleinstehende Mütter, oder Väter, mit ihren Kindern rechtzeitig zu ihrem Recht und zum Geld kommen.

Wenn der Berichterstatter nach der Ratssitzung schreibt, dass es Mut brauche, für Verschiebung der Vorlage zu stimmen, hat er vermutlich die Worte verwechselt: Es braucht nicht Mut, sondern Blindheit gegenüber der Not der Mitmenschen! Der "Wädi" meint dagegen, im sozial härter werdenden Klima unseres Landes brauche es Solidarität, und stimmt deshalb JA für die Einführung der Alimentenbevorschussung.

**Unsere Zeitung kennt den Maulkorb nicht!**

## Zum Redaktionswechsel

und  
**SO**  
weiter ...



Frühjahr 1975 - Kantonsratswahlen auch damals vor der Tür. Für den 2. Regierungsrats-Sitz, (der uns heute noch vor-enthalten wird!) kandidierte Ernst Spillmann.

Die erste "SO"-Nummer kam heraus. Dann erschienen bis heute - Frühjahr 1979 - 17 Nummern. Der SP-FAN-Club, Muschg, das Fernsehen, Hort und Tagesschule, ein Kibbuz, das Volkshaus geschichtlich, die Abwasser-Gebührenerhöhung, die 2. Säule der Altersvorsorge, die ABAW-Kulturwoche, eine Satire über Arrest-Zellenbau, der Schulraumbedarf, das Budget der Stadt und die Steuerfuss-Senkung, die Reich-tumssteuer, die Gösigen-Demonstration und die AKWs, alle unsere SP-Regierungsrats-, Kantonsrats-, Stadtrats und Gemeinderatskandidaten wurden vorgestellt.

Weiter interviewten wir 19 Genossen und Genos-sinnen aus der eigenen Sektion.

Ueber zweihundert Fotos und Zeichnungen erläuterten diese Texte.

Die Grafiker-Künstler Theres Hättenschwiler und Manfred Rusterholz arbeiteten praktisch gratis, Ruth Walt besorgte oft Fotos und lei-stete nahezu die gesamte Abschreibearbeit, Dölf und Julie Thalman hefteten, Annemarie Cereghetti faltete, füllte in Kuverts ab und spe-dierte, Silvano Cereghetti führte die Kartei und adressierte die vielen tausend Exemplare. Sie alle arbeiteten (und arbeiten grösstenteils weiter) - völlig gratis! Und oft geschieht es - ach - unter unangenehmem Zeitdruck.

Weiter: Mehr als ein Dutzend Autoren, vom Lehr-ling bis zum Stadtrat, sagten mir stets spon-tan zu, wenn ich mit einer Bitte um einen be-stimmten Artikel an sie gelangte. Oft staunte der ehemalige Drucker, der nicht unserer Partei angehörte, über diese Produktions- und Gestal-tungskräfte in der SP-Wädenswil.

Für mich sind sie Quellen der Hoffnung und der Freude. Ich danke endlich hier einmal den vie-len Neigennützigern und deshalb grossen Hel-fern. Natürlich wünsche ich, dass sich immer mehr SO-Leute um unser kleines, hübsches Info scharen, um mit diesem hoffentlich tauglichen Mittel für die gute Sache zu wirken und dabei die tiefe Genugtuung und die Freude an der Zu-sammenarbeit zu spüren, wie sie mir zuteil wurde.

Peter Walt

## Mitschreiben — Mitbestimmen

An der letzten GV wurde ich zum neuen Verantwortlichen für unsere Parteiin-terne Zeitung "SO" gewählt. Bisher schrieb ich für das SO zwischendurch einen Artikel und half oft bei der Aus-wahl von Artikeln mit.

Die vorliegende Nummer des SO ist die erste Ausgabe, für deren Zustandekom-men ich verantwortlich war. Damit un-ter den Lesern nicht der Eindruck ent-steht, da mache einer seine private Zeitung, versuche ich hier meine Vor-stellungen über die Arbeit beim SO aufzuzeigen.

Grundsätzlich darf und soll jede(r), die (der) Lust hat, am SO mitarbeiten. Sei es, dass jemand einen Artikel schreibt, Fotos oder Zeichnungen bringt oder Vorschläge für künftige Artikel liefert.

Vor jeder SO-Nummer finden zwei Redak-tionssitzungen statt, bei denen alle herzlich willkommen sind. An der erster Sitzung bestimmen die Anwesenden, unter Berücksichtigung der Vorschläge von Fraktion und Parteivorstand, den vor-aussichtlichen Inhalt und teilen die Arbeit auf: Artikel schreiben, Inter-views, Fotos, Abklärungen.

In der zweiten Sitzung wird das einge-gangene Material durchgesehen und dis-kutiert. Alle Teilnehmer an dieser

Sitzung entscheiden gemein-sam, was im SO erscheint und was nicht. Artikel, die nicht persönlich unterzeich-net sind, werden diskutiert und event. abgeändert. Die Verantwortung für diese Ar-tikel trägt die Partei.



Meine Arbeit am SO sehe ich lediglich in der Koordination der verschiedenen Termine und dem Bestellen von Artikeln bei Mitarbeitern. Daneben betreue ich teilweise die Gestaltung unserer Zeitung.

Beim SO darf jeder das machen, was ihn interessiert und ihm Freude bereitet, auch wenn es oft harte Arbeit ist.

Bei der Arbeit für das SO soll die Re-gel "Mitarbeiten = Mitbestimmen" für alle Mitarbeiter gewährleistet sein!



Henna Koch

**Muttertag:** Danke für die Blumen-  
Rechte sind uns lieber!

Am Samstag, dem 12. Mai 1979, wird der Frauen-Stammtisch\* bei einer Stand-Aktion an der Gerbestrasse eine Unterschriftensammlung für einen wirksamen Schutz der Mutterschaft durchführen.

Was will die Initiative "Für einen wirksamen Schutz der Mutterschaft" ?

1. Die Mutterschaftsversicherung soll alle infolge Schwangerschaft und Geburt entstehenden Arzt- Pflege- und Spitalkosten vollständig decken. Heute werden die Kosten für Schwangerschaft und Geburt nur teilweise von den Krankenkassen übernommen.



2. Einen Mutterschaftsurlaub von mindestens 16 Wochen mit vollem oder teilweisem Einkommensersatz für Berufstätige. Ein angemessenes Taggeld für Nichtberufstätige.

Nach geltendem Recht in der Schweiz hat eine erwerbstätige Frau, je nach Dienstjahren, lediglich Anspruch auf Lohnfortzahlung während 3 bis max. 8 Wochen.



3. Mindestens 9 Monate Elternurlaub mit teilweise oder vollständigem Ersatz des Einkommensausfalls, der auf der Grundlage des Familieneinkommens berechnet wird. Der Elternurlaub soll vom Vater oder der Mutter oder von beiden teilweise beansprucht werden können.

Zurzeit müssen Frauen, die sich Kinder wünschen, entweder ihre Berufsarbeit aufgeben und damit auf den Verdienst verzichten, oder ihr Kind fremden Händen zur Pflege überlassen.



4. Einen umfassenden Kündigungsschutz für die Mutter während der Schwangerschaft und des Mutterschaftsurlaubs, resp. für Vater oder Mutter während des Elternurlaubs; also für eine Zeitspanne während der sie auf dem Arbeitsmarkt schutzloser sind als andere Erwerbstätige.

Nach geltendem Recht ist eine Arbeitnehmerin in der Schweiz lediglich je 8 Wochen vor und nach der Geburt vor Kündigung geschützt. Deshalb sind Mutterschafts- und Elternurlaub illusorisch ohne Kündigungsschutz.



5. Wer soll das bezahlen?  
Die Finanzierung der Mutterschaftsversicherung soll erfolgen durch
- Beiträge von Bund und Kantonen
  - Beiträge aller erwerbstätigen Personen nach dem Modell der AHV und der Erwerbssersatzordnung für den Militärdienst.

Nach vorläufigen Schätzungen würden die gesamten Belastungen ca. 1/25 dessen ausmachen, was ohnehin schon heute für Sozialversicherungen aufgewendet werden muss.

Bitte unterschreibt diese Initiative und zeigt, dass der Muttertag für Euch nicht mit Blumen und Schokolade erledigt ist.



\*

Der Frauen-Stammtisch ist ein Treffpunkt für Frauen, die gerne unverbindlich und in kleinem Kreis über gesellschaftliche und politische Fragen diskutieren. Wir kommen jeweils am 2. Donnerstag des Monats, 20 Uhr, im Restaurant Schmiedstube, 1. Stock, zusammen. Interessentinnen können sich bei Frau Julie Thalmann, Telefon 780 42 20 melden und erhalten eine persönliche Einladung.

Helga Balder



**Wir  
gratulieren**



Hans und Regina Küffer-Bernhard  
zur Geburt ihres Sohnes Simon  
am 24. Februar 1979



Curt Signer und Willy Kellenberger  
zur (Wieder-)Wahl in der  
Kantonsrat

## SPLITTER

Immer mehr Zeitungen stellen ihre Druckerei auf das moderne Lichtsatzverfahren um. Damit fällt die Arbeit der Setzer weg. Durch die Zeitersparnis dank der Elektronik sind die Redaktoren in der Lage, die neuesten Agenturmeldungen kurzfristig aufzunehmen.

Der Filmsatz scheint jedoch bereits wieder überholt zu sein. Beim AAZ wurde ein noch moderneres und schnelleres Drucksystem entwickelt; der sogenannte "Vorhersatz". Bisher mussten die Artikel für den kommenden Tag spätestens am Mittag auf der Redaktion sein (Ausnahme waren die Berichte aus dem Gemeinderat). Das neueste Verfahren ermöglicht es der Redaktion, Berichte ihrer Korrespondenten über Parteiveranstaltungen vom Mittwochabend (Besichtigung des alten Eidmatt-Schulhauses am 28. April) schon in der Donnerstagsausgabe erscheinen zu lassen.

Ein Nachteil des neuen "Vorher(schreib)satzes" konnte indessen noch nicht beseitigt werden: Das neue Verfahren funktioniert nur vor Wahlen und nur auf Papier mit dem FDP-Briefkopf!

Nicht alles, was in Wädenswil durch Privat-Initiative in die Hand genommen wird, scheint rentabel zu sein. Sonst wäre die  $\frac{1}{2}$ -Zimmer - Villa mit Hallenbad, Baujahr 1970, Verkaufspreis Fr. 1'500'000.- sicher nicht zu verkaufen!

## INTERVIEWS

MAX SONDEREGGER



Swissair-Angestellter (Fracht), ist seit 24 Jahren in der SP. Während einiger Jahre ("Aera Billeter") war er als Kassier Vorstandsmitglied. Gewerkschaftlich ist er im VPOD.

Max Sonderegger hat zwei Wünsche zur Gestaltung von Wädenswil:

Fussgängerbereich im Zentrum  
Ich bin zwar Automobilist (da ich Schicht arbeite, bin ich darauf angewiesen), aber ich würde es trotzdem begrüßen, wenn der untere Teil der Zugerstrasse bald einmal reiner Fussgängerbereich würde. Beispiele im Ausland, aber auch der Zürcher Bahnhofstrasse zeigen, dass sich dies für Geschäfte nicht nachteilig auswirken muss. Entsprechende Pläne, samt der damit verbundenen neuen Verkehrsführung durch die Kreuzstrasse, bestehen ja seit längerem.  
Der Abbruch des "Hirschen" war einerseits bedauerlich. Andererseits hat die Zugerstrasse nun von dort aus einen neuzeitlichen Stil. Zudem war die Hirschenkreuzung unübersichtlich und gefahrvoll. Was es heisst, einen alten Gasthof zu renovieren, sehen wir ja beim "Volkshaus" und der "Sonne". Nebenbei: Wie lange wartet man wohl beim "Volkshaus" noch zu?

Mehr Grün!

Allgemein finde ich in unserem Dorf mehr Grünzonen und einzelne Bäume wünschenswert. In den letzten Jahren war praktisch nur ersatzloser Abbau hinzunehmen, so am Weinrebenplatz. Auch der Seeplatz müsste nicht so bleiben, wie er sich heute präsentiert. Immerhin prüfungswert schiene mir die Möglichkeit, mittels Aufschüttung oder anderswie eine spaziergängergerechte Verbindung zum Rothus herzustellen.

Interview: Adrian Pretto



## Das Stilchen aus dem AAZ

nisch,

schönste Weise und

erleichen Rahmen.

te  
te  
n  
r  
e

Einen ganz neuen Akzent setzte die Examenstunde der Oberschulen 1 und 2 im Oberstufenschulhaus Steinacher von H. J. Rahm. Besucher dieses Examins mussten sich in das Lehrschwimmbecken begeben, in dem während einer Stunde Schwimmvorführungen gezeigt wurden. Aufgeteilt in Schwimmen, Tauchen und Sprünge zeigten die Schüler ein beachtliches Programm schwimmerisch-turnerischer Übungen durch

## Zum Atomgesetz:

Diese zweitbeste Lösung nach der abgelehnten Atom-Initiative soll das "Atom-euphoriegesetz" von 1959 ersetzen. Der revidierte Erlass ist geeignet, der grossen Minderheit in der Atom-Initiativen-Abstimmung Rechnung zu tragen, wobei allerdings die Gesetzesauslegung die wesentliche Rolle spielen wird. Daher verlangen wir Sozialdemokraten eine sehr strenge Handhabung der Bedürfnisklausel, eine scharfe Ueberwachung der Entsorgungspflicht und Enteignungen nur als letzte Massnahme nach angemessener Befragung der betroffenen Bevölkerung.

ZUR FINANZVORLAGE VOM 20. MAI

**Wir Sozialdemokraten haben erreicht, dass der Bund sein Geld etwas sozialer ausgibt. Jetzt müssen wir noch erreichen, dass er es auch sozialer einnimmt.**

Sämtliche dreissig Anträge der Sozialdemokraten, insbesondere jene in bezug auf eine zusätzliche Besteuerung im Bankensektor, wurden durch die bürgerliche Parlamentsmehrheit kalt-schnäuzig vom Tisch gewischt. Das Paket bleibt sozial unausgewogen und vermag zudem nicht die Bundesfinanzen zu sanieren. Die SPS verwehrt sich gegen eine "Finanzreform", die einseitig den ehrlichen Steuerzahler und die Konsumenten belastet, Steuerhinterzieher und feiste Finanzwelt indessen privilegiert.

Mit der Finanzvorlage vom 20. Mai 79 wird ein Haushalt mit 30'000 Franken Einkommen durch die Besteuerung des Konsums etwa 300 Franken mehr zahlen müssen, wenn einmal der Mehrwertsteuer-Maximalsatz in Kraft ist. Und die grösste Schweizer Bank wird 600'000 Franken weniger zahlen, und erst noch von der Mehrwertsteuer befreit sein.

Insgesamt werden die Bürger in diesem Lande rund 1500 Millionen mehr Steuern bezahlen müssen. Und die Exportindustrie kann 600 Millionen abziehen. Allein im Kanton Zürich gibt es über 100 Millionäre, die keinen Rappen Einkommenssteuern zahlen. Und die Shell, BP und Esso zahlen im Erdölboom-Jahr auch nichts.

**Eigentlich müsste man auf den Stimmzettel zum Finanzpaket gleich viermal Nein schreiben. Ein Nein zur einseitigen Belastung der Haushalte, ein Nein zu den Milliarden-schlupflöchern für Millionäre, ein Nein zur Steuerhinterziehung und ein Nein zur Starrköpfigkeit des Bundesrates!**

#### VERGLEICH FINANZPAKET 1977 (ABGELEHNT) UND 1979 (NEU)

Oft wird behauptet, die Finanzvorlage 1978/79 (Abstimmung Mai 79) sei bei den direkten Bundessteuern besser als die Vorlage 1977 (abgelehnt am 12. Juni 1977).

Wie steht es damit?

#### Vorlage 1977:

die Entlastungen der Haushalte mit weniger als 50'000 Fr Einkommen betragen 430 Mio Fr pro Jahr

#### Vorlage 1978/79:

die Entlastungen der Haushalte mit weniger als 50'000 Fr Einkommen betragen: 350 Mio Fr pro Jahr

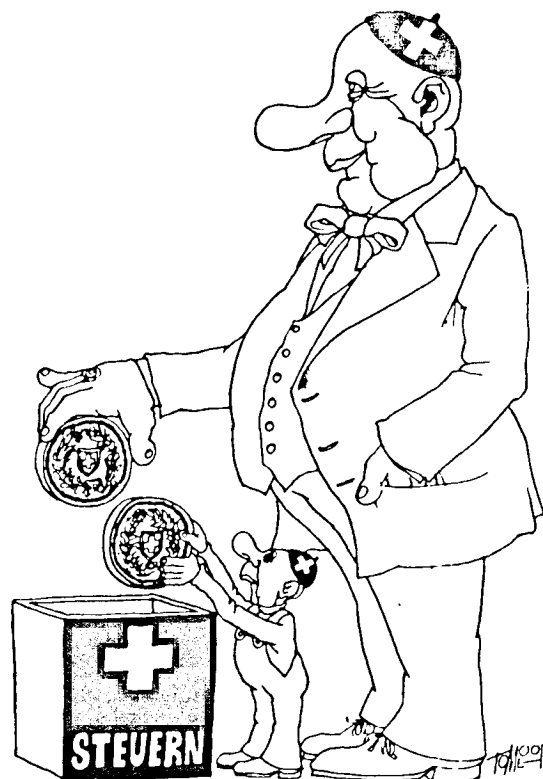
#### Sozialabzüge

Die Sozialabzüge für Haushalte und Kinder sind im Paket 1979 höher, aber die Steuerfreigrenze wurde gegenüber 1977 von 18'000 Fr auf 15'000 Fr herabgesetzt

#### Höchstsätze

Das neue Finanzpaket bringt einen Höchstsatz von 13,5 % gegenüber 13 % bei der abgelehnten Vorlage. Diese Höchstsätze sind aber erst bei einer unendlichen Einkommenshöhe gültig. Bei einer Einkommenshöhe von 1 Mio Franken beträgt sie neu nur 12,7 %.

**Die Steuern, die drin sind, sind ungerecht. Und die Steuern, die gerecht sind, sind nicht drin.**



Diese Karikatur von Jürgen von Temei verdeutlicht, weshalb die Mehrwertsteuer, wie jede andere Konsumsteuer grundsätzlich unsozial ist.

**Finanzvorlage ohne Bankensteuern:**

**NEIN**

Hans Schulthess berichtet:

### NACH EINEM JAHR STADTRAT



Politik bedeutet ihrem tieferen Sinne nach Sorge um den Staat, Sorge für das Wohl der Allgemeinheit. Um so problematischer empfinde ich zwei besonders auffallende Feststellungen in der neuen Behördentätigkeit.

Zum ersten: Stadtrat und Verwaltung werden stark beschäftigt und belastet durch private Gesuche, individuelle Wünsche, Pläne von einzelnen, welche in erster Linie oder überhaupt nur den betreffenden Gesuchstellern dienen. Oft sind diese, etwa Baugesuche, nur schwer mit berechtigten Anliegen der Öffentlichkeit in Einklang zu bringen. Um so stossender ist es dann, wenn Bewilligungen einzelnen grössere Möglichkeiten einräumen auf Kosten der Freiheit von andern, welche sich nicht an die Behörde wenden. Ein langjähriges Behördemitglied hat im Gespräch kürzlich die Bauordnung als Ausnahmeordnung bezeichnet. Wenn aber Ausnahmen im Staat zur Regel werden, leisten wir der Allgemeinheit den grössten Bärendienst.

Zum zweiten fällt auf, wie die Ausgaben der Stadt entschlossen unter Kontrolle gehalten werden. Diese Sparsamkeit der Gemeinde ist sehr anerkennenswert. Aber sie hat wohl dort ihre Grenze, wo Budget und Finanzplan uns hindern, Arbeiten auszuführen, die in einem späteren Zeitpunkt ohnehin - und vielleicht teurer - getätigt werden müssen. Die Stadt wird recht bald kostspielige, bisher hinausgeschobene Aufgaben verwirklichen müssen, wie Renovationen von Liegenschaften (Sonne, Eisenhammer, Freihof u.a.). Nach wie vor fehlen zudem preiswerte Wohnungen für Betagte, Pflegeplätze, sowie Säle und weitere Begegnungsmöglichkeiten. Ebenso mangelt es der Stadt an Grundstücken, welche der Allgemeinheit dienen. Einen Anfang zur Verbesserung bringt der Kauf der Liegenschaft Schöneegg, wofür der Gemeinderat nächstens um Bewilligung eines Kredits ersucht wird. Die private Initiative, welche die ersten Gespräche und Verhandlungen mit der heutigen Grundeigentümerin anbahnte, hat meines Erachtens der Öffentlichkeit einen guten Dienst getan. Doch hier wie ganz allgemein kann die private Initiative die Aktivität der Behörden nicht ersetzen.

Es geht nicht an, dass die Behörden - oft infolge Zeitmangel, oder weil man der Verwaltung nicht die nötigen Mittel zubilligt - die Initiative Privatpersonen allein überlassen müssen. Vor allem dürfen wir nicht mehr zulassen, dass durch die Initiative einzelner eine Gruppe für sich Vorteile erwirbt und die Mehrheit der Bevölkerung benachteiligt. Denn Ziel jeder echten demokratischen Politik bleibt die Sorge für das Allgemeinwohl.

Hans Schulthess

## Volksabstimmung vom 20. Mai 1979



Bundesfinanzreform ..... NEIN

Revision des Atomgesetzes JA



Gastgewerbegesetz ..... JA

Bewilligung des Kredites für die Erstellung einer Schulhausanlage für die Kantonsschule Limmattal ..... JA

Volksinitiative zum Schutz vor Krisenfolgen ..STIMMFREIGABE

Volksinitiative zum Schutz des Erholungsraumes und der Wohnlichkeit im Bereich der Nordumfahrung Zürich .....JA



Einführung der Alimentenbevorschussung ..... JA

## Volksrecht

Das Volksrecht bringt regelmässig Berichte und Informationen aus Wädenswil (Gemeinderat, Städtat, SP usw.). Beispiel: Der Artikel über die Pro Cine "Wie es hinter den Kulissen in Wirklichkeit aussieht" im beiliegenden Volksrecht auf der Seite Kanton Zürich!

### 1. Mai-Sonderangebot *Gültig bis 20. Mai*

- Ich bestelle das VOLKSRECHT bis Ende Jahr zu Fr. 35.-, anstelle von Fr. 49.-
- Ich wünsche ein Gratisabonnement für 4 Wochen

Name: \_\_\_\_\_ Vorname: \_\_\_\_\_

Beruf: \_\_\_\_\_

Strasse/Nr.: \_\_\_\_\_

PLZ/Ort: \_\_\_\_\_

Datum: \_\_\_\_\_ Unterschrift: \_\_\_\_\_

Bitte an Volksrecht, Postfach, 8026 Zürich, einsenden.



# Einladung zur Parteiversammlung

am Montag, 14. Mai 1979, 20<sup>00</sup> Uhr  
im Restaurant Volkshaus, Grosser Saal

- Traktanden:
1. Kurzinformation über Abstimmungsvorlagen (Revision Atomgesetz, Alimentenbevorschussung, kantonale Vorlagen)
  2. Unsere Primarschulpfleger berichten aus ihrer Behördentätigkeit
  3. Fortführung der Diskussion über den Abschnitt "Schule" aus dem "Standpunkt 1978" (bitte an die Versammlung mitnehmen)



## RÄTSEL ???

Wo steht  
dieser  
Brunnen?



Die Antwort auf  
eine Postkarte  
schreiben und  
bis am 10. Juni  
einsenden an:  
SP Wädenswil  
Postfach  
8820 Wädenswil

Wer die richtige Lösung einsendet, erhält das neue SPS-Buch "Wandlungen". Treffen mehrere Richtige Lösungen ein, entscheidet das Los (natürlich unter stadträtlicher Aufsicht!).

Die richtige Lösung beim letzten Rätsel (SO 1/79) lautete:

Vier Teilnehmer sandten die richtige Lösung ein. Das Los entschied für Frau

M. Tobler, Seestr. 51. Sie erhält das Buch "Wandlungen"!

M O T A  
E N Z Ö T  
F E R E M

**VORSCHAU:** Das nächste SO erscheint am 5. Juli.

Inhalt: Lesestoff für die Ferien.

## VERANSTALTUNGEN

Samstag, 12. Mai

Frauenstamm Wädenswil: Standaktion an der Gerbestrasse. Es werden Unterschriften für die Mutterschutz-Initiative gesammelt.

Montag, 14. Mai

SP-Parteiversammlung, 20<sup>00</sup>, Rest. Volkshaus (siehe Einladung oben).

Mittwoch, 30. Mai

SO-Redaktionssitzung, 20<sup>00</sup>, Rest. Volkshaus (kleines Sitzungszimmer).

Mittwoch, 13. Juni

SP-Parteiversammlung, 20<sup>00</sup>, Rest. Volkshaus.

Donnerstag, 23. August

SP-Parteiversammlung, 20<sup>00</sup>, Rest. Volkshaus.

### Notiz

ne"). Die Realität sieht jedoch anders aus: Die Baupreise steigen ins Unermessliche, gebaut werden kann gar nicht. Also kauft man. So in Wädenswil, so gleich der Sitz des lokalen Generalstreikkomitees, der ehemalige Gasthof „Löwen“ von der rasch gegründeten Volkshausgenossenschaft erworben wird. Oder in Bellinzona, wo ein ehemaliges Waren-

Aus: „Volkshaus in der Schweiz“ Kulturmagazin Nr. 1  
Zu beziehen bei KULTURMAGAZIN Postfach 3188 3000 Bern  
Preis: Fr. 4.50